

LAHRER ZEITUNG

Seit 1794 • Unabhängige Mittelbadische Zeitung



Keine Kinderspiele

Pädagogen warnen Eltern vor der Netflix-Serie »Squid Game«.

► Baden-Württemberg



Tipps rund ums Herz

Drei Experten beraten heute unsere Leser am Telefon.

► Unterhaltung



Erfolg für Seelbacherin

Tessa Kopf ist Jugendmeisterin im Para-Schwimmen.

► Schuttertal

Ausgabe L | 228. Jahrgang | Nummer 266 | E 10526 A

Mittwoch, 17. November 2021 | Einzelpreis 2,10 Euro

Wer folgt dem Schwarm?

Die Digitalisierung bringt mit Bitcoin und anderen virtuellen Münzen ganz neue Spekulationsobjekte hervor

► Wirtschaft



Thema des Tages

Von Annika Grah



Vorbeiregiert

Der Rückhalt für die grün-schwarze Koalition bröckelt. Weniger Menschen als noch bei der jüngsten Umfrage im Juli finden Grün-Schwarz gut, deutlich mehr hätten gern auch eine Ampel im Land. Dabei kann die Landes-SPD bei den Baden-Württembergern nach wie vor keine Sympathiepunkte sammeln. Und auch das Bild des in den vergangenen Jahren so beliebten Winfried Kretschmann scheint Kratzer zu bekommen. Wenn Politiker mitten in einer Krise für so austauschbar gehalten werden, lässt sich das nur so interpretieren, dass sie an den wirklichen Nöten und Sorgen der Bürger derzeit vorbeiregieren. Wer Antworten liefern will, muss zunächst zuhören. Und das scheint der Landesregierung und auch Winfried Kretschmann, der einst die Politik des Gehörtwerdens installierte, nicht mehr gut zu gelingen. Das muss sich schleunigst ändern.

Millionen für digitale Händler

Stuttgart. 13 Millionen Euro hat das Land in den vergangenen Jahren ausgegeben, um den Handel bei seinen Anstrengungen zur Digitalisierung zu fördern. Dies geht aus



Digitaler Einkauf Foto: Burgi

einer Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine FDP-Anfrage hervor, die unserer Redaktion vorliegt. Hierzu gehört etwa die Einrichtung von Online-Shops. Weitere zwei Millionen Euro erhielt das Land durch Förderprogramme des Bundes.

Branche bangt um Existenz

München. Die wichtige Veranstaltungsbetriebebranche bangt um ihre Existenz und fordert bis Sommer 2022 laufende Staatshilfen. Es wurde ein 33 Punkte umfassender Forderungskatalog formuliert.

► Seite 2
► Wirtschaft

Preise bremsen Klimaschutz

BaWü-Check | Baden-Württemberger nicht bereit, dafür höhere Energiekosten zu zahlen

Umfrage der Tageszeitungen im Südwesten: Im Land gibt es wenig Begeisterung für die neue Bundesregierung – aber große Erwartungen. Und: Der Rückhalt für Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) bröckelt.

► Von Renate Allgöwer

Oberndorf. Die hohen Verbraucherpreise können die Bereitschaft der Bürger

schmälern, den Klimaschutz zu unterstützen. Das zeigt die aktuelle Untersuchung des Baden-Württemberg-Monitors der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Wenn die Preise für Energie und Lebensmittel weiter steigen, könnte dies zu einer Belastungsprobe für die neue Bundesregierung werden, erwarten die Experten vom Institut für Demoskopie in Allensbach, die den BaWü-Check durchgeführt haben. Darin zeigt sich die große Mehrheit der Menschen im Land durch

die jüngsten Preissteigerungen stark oder sogar sehr stark betroffen. Das Tanken betrifft 71 Prozent der Bevölkerung besonders, gefolgt von Heiz- und Stromkosten, mit 66 und 65 Prozent.

Für die Zukunft erwarten die meisten Befragten weitere Teuerungen. 53 Prozent erklärten, die zu erwartenden Klimaschutzmaßnahmen würden für sie große finanzielle Belastungen bringen. Das wirkt sich auf die Akzeptanz möglicher Maßnahmen aus. 53 Prozent aller Befrag-

ten erklärten, sie seien nicht bereit, für den Klimaschutz höhere Energiepreise zu zahlen.

Der Umwelt- und Klimaschutz hat bei den Befragten ohnehin nicht die höchste Priorität. Auf die Frage, wofür sich die neue Bundesregierung besonders kümmern sollte, nennen ihn die Befragten erst an vierter Stelle. Viel wichtiger ist ihnen, dass die Rente sicher ist. Das sagen 65 Prozent.

► Thema des Tages
► Dritte Seite

Gericht: Patent verletzt

Sturmgeehr | Erfolg für Heckler & Koch

Düsseldorf/Oberndorf. Im Streit mit dem Konkurrenten Heckler & Koch (HK) aus Oberndorf (Kreis Rottweil) hat der Waffenhersteller C.G. Haenel eine Niederlage einstecken müssen.

Das Düsseldorf-Landgericht entschied am Dienstag, dass die Firma bei einem Sturmgeehr-Modell ein Patent von HK verletzt habe. Die Ansprüche auf Unterlas-

sung, Rückruf und Vernichtung sah das Gericht als begründet an. Schadenersatz muss Haenel wegen einer Verjährung aber teilweise zahlen.

Das Urteil bezieht sich ausschließlich auf die Halbautomatik-Version des Gewehrs und nicht auf die Vollautomatik, die Haenel der Bundeswehr verkaufen will.

► Seite 5

Lockdown möglich

Corona | Alarmstufe im Südwesten in Kraft

Stuttgart. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Bild, Grüne) schließt angesichts der dramatischen Corona-Lage einen erneuten Lockdown nicht aus.

Man habe Stand heute keine allgemeinen Lockdowns vor und halte erstmal an den Maßnahmen unter

der 2G-Regel fest. »Ob wir nochmal in die Situationen kommen, dass wir noch weitergehen müssen, hängt auch von den Auffrischungsimpfungen ab.« Er hoffe nicht, dass es nochmal zu einer solchen Lage komme.

Ab diesem Mittwoch gilt im Südwesten die Corona-Alarmstufe mit drastischen Folgen.

► Hintergrund



Service

Anzeigenservice: 07821/2783-133
anzeigen@lahrer-zeitung.de

Aboservice: 07821/2783-136
aboservice@lahrer-zeitung.de

Redaktion: 07821/2783-165
redaktion@lahrer-zeitung.de



Lahr

Vieles ist nur für Geimpfte und Genesene möglich

Die Corona-Alarmstufe, die ab heute in Baden-Württemberg gilt, bedeutet auch für Lahr in vielen Bereichen Einschränkungen. Vieles ist jetzt nur für Geimpfte und Genesene möglich, beispielsweise in der Kultur und im Sport. Für kulturelle Veranstaltungen gilt in der Alarmstufe generell, dass sie nur von Geimpften und Genesenen besucht werden können. Auch im Hallenbad und im Stadtpark müssen die Besucher geimpft oder genesen sein.

Kehl

Korruptionsverdacht gegen Rathausmitarbeiter

Ein Mitarbeiter der Stadt Kehl sitzt in U-Haft. Die Offenburger Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den leitenden Angestellten wegen des Verdachts der besonders schweren Bestechlichkeit. Dem Beschuldigten wird zur Last gelegt, in mehreren Fällen von Privatpersonen geldwerte Vorteile als Gegenleistung für Dienstpflichtverletzungen angenommen zu haben, teilte die Behörde mit. Die Stadt Kehl wollte sich am Dienstag nicht dazu äußern.

Rätselspaß im November!

